

Beschluss

des Kreisverband Ansbach von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreismitgliederversammlung in Leutershausen



vom 20.02.2017

RESOLUTION

Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

In Afghanistan ist die Lage unsicherer denn je. Der UNHCR stellt in seinem aktuellen Bericht fest, dass das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem »innerstaatlichen bewaffneten Konflikt« im Sinne des europäischen Flüchtlingsrechtes betroffen ist. Aufgrund der sich ständig ändernden Sicherheitslage könne man gar nicht zwischen sicheren und unsicheren Regionen in dem Bürgerkriegsland entscheiden, so das Hochkommissariat. Nahezu täglich gehen Meldungen zu Angriffen oder Anschläge der Taliban ein.

Wir wenden uns deshalb strikt gegen weitere Abschiebungen nach Afghanistan – Abschiebungen in das Bürgerkriegsland sind unmenschlich und unverantwortlich!

12 Bundesländer haben derzeit Abschiebungen nach Afghanistan ausgesetzt. Rechtlich ist eine Aussetzung der Abschiebung also möglich, wie diese Länder zeigen. Eine neue Bewertung der dortigen Sicherheitslage durch die Bundesbehörden ist dringend nötig. Bis zu dieser neuen Bewertung durch die Innenministerkonferenz sind **Abschiebungen von Afghanen auch durch die bayerische Staatsregierung dringend auszusetzen.**

Bayern hat aufgrund der Verteilung nach Herkunftsländern überproportional viele Flüchtlinge aus Afghanistan. Deshalb ist es besonders wichtig, dass gerade Bayern die Abschiebung sofort aussetzt und der nächste geplante Abschiebeflug ab Flughafen München am 22. Februar 2017 nicht stattfindet.

Afghanische Asylantragsteller*innen stellten im Jahr 2016 die zweitgrößte Gruppe Geflüchteter in Deutschland. 63 Prozent der Betroffenen erhielten einen Schutzstatus und damit ein Aufenthaltsrecht. Diese hohe Quote an Anerkennungen zeigt auch, dass die Lage sich deutlich verschlechtert hat. Zahlreiche Flüchtlinge aus Afghanistan haben ihren Ablehnungsbescheid jedoch schon früher erhalten und sind heute „vollziehbar ausreisepflichtig“.

Die **Asylanträge der abgelehnten Asylbewerber*innen aus Afghanistan müssen angesichts der neuen Sicherheitslage nochmal neu bewertet werden.** Die Ausländerbehörden sollen proaktiv diese Neubewertung durchführen und abgelehnte Asylbewerber*innen aus Afghanistan über ihre Möglichkeiten eines Wiederaufnahmeantrages informieren.